

Konjunkturbericht

IHK Darmstadt Rhein Main Neckar Herbst 2025

Konjunktur in Deutschland

Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2025 ist der im Frühjahr beschlossene finanzpolitische Kurswechsel nun in Kraft. Zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und der Infrastruktur nutzt die Bundesregierung jetzt erweiterte Verschuldungsregeln. Die jüngsten Stimmungskindikatoren sprechen zwar noch nicht für ein kräftiges Anziehen der Konjunktur bereits in der laufenden Jahreshälfte, doch die Talsohle dürfte die deutsche Wirtschaft hinter sich haben. Nach Stagnation in der ersten Jahreshälfte prognostiziert die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose für das laufende Jahr eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozent. Die expansive Finanzpolitik könnte die Wirtschaftsleistung 2026 und 2027 auf 1,3 Prozent bis 1,4 Prozent beschleunigen – sobald die Impulse in der Realwirtschaft ankommen. Zweifel an der Nachhaltigkeit dieses Aufschwungs bleiben. Das neue Infrastruktur-Sondervermögen verlagert zu viele Investitionsausgaben aus dem Kernhaushalt, ohne strukturelle Bremsen zu lösen. Trotz gegenteiliger Ankündigungen scheinen grundlegende Reformen auszubleiben. Hohe Energie- und Lohnstückkosten im internationalen Vergleich, Fachkräftemangel sowie eine anhaltend hohe Regulierungsdichte bremsen die langfristigen Wachstumsaussichten. Die expansive Fiskalpolitik stabilisiert kurzfristig – doch ohne Strukturreformen bleibt der Impuls ein Strohfeuer.

Regionale Wirtschaft: Konjunkturimpuls noch ohne Wirkung

In Südhessen ist die erhoffte Belebung bislang ausgeblieben. 20 Prozent der südhessischen Unternehmen sind mit dem aktuellen Geschäft zufrieden, drei von zehn Unternehmen sind es ganz und gar nicht. Jedes zweite Unternehmen (50 Prozent) ist bestenfalls teilweise zufrieden. Gegenüber der Vorumfrage im Frühsommer gibt der Saldo aus positiven und negativen Lageeinschätzungen sechs Prozentpunkte ab. Mit minus zehn Prozentpunkten liegt der Saldo aktuell deutlich im Negativbereich. Beim Blick in die Zukunft sind die Unternehmen unverändert pessimistisch. Zwölf Prozent der Unternehmen erwarten bessere Geschäfte, sechs von zehn Unternehmen (61 Prozent) sehen eine konstante Entwicklung auf dem aktuellen Niveau, 27 Prozent sind pessimistisch. Damit verbessert sich der Saldo aus positiven und negativen Zukunftseinschätzungen um einen Prozentpunkt, er beträgt aktuell minus 15 Prozentpunkte.

Der Investitionssaldo der Unternehmen zeigt sich nahezu unverändert im roten Bereich. 26 Prozent der Unternehmen planen Mehrinvestitionen, 37 Prozent setzen bei Investitionen den Rotstift an. Mit einem Zuwachs um einen Prozentpunkt liegt der Investitionssaldo aktuell bei minus elf Prozentpunkten. Zum Vergleich: Im Zehnjahresdurchschnitt lag der Saldo der südhessischen Investitionspläne sechs Prozentpunkte höher.

Auch bei der Personalplanung sind die Unternehmen weiter zurückhaltend. Zehn Prozent der Unternehmen wollen einstellen, 23 Prozent sehen sich gezwungen Mitarbeitende zu entlassen oder ausscheidendes Personal nicht zu ersetzen. Zwei von drei Unternehmen (67 Prozent) wollen die Zahl der Mitarbeitenden konstant halten. Der Saldo der Beschäftigungspläne gewinnt damit zwei Prozentpunkte. Mit minus 13 Prozentpunkten liegt er aber weiter tief im roten Bereich. Der langjährige Durchschnitt des Beschäftigungssaldos beträgt minus drei Prozentpunkte.

Die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland trübt die Stimmung auslandsaktiver Unternehmen nochmals ein. So verliert der Saldo der Exporterwartungen fünf Punkte. Mit minus 30 Prozentpunkten sehen die exportierenden Unternehmen sehr pessimistisch in die Zukunft. Der Zehnjahresdurchschnitt der Exporterwartungen beträgt minus fünf Prozentpunkte.

Der IHK-Geschäftsklimaindex bündelt die Bewertung der aktuellen wirtschaftlichen Lage und die Erwartungen der Unternehmen und trifft damit eine Aussage über den konjunkturellen Gesamtzustand der regionalen Wirtschaft. Seit einem Jahr stagniert der Geschäftsklimaindex auf niedrigem Niveau. Mit 88 Punkten liegt er weiter deutlich unter der Wachstumsschwelle von 100 Punkten.



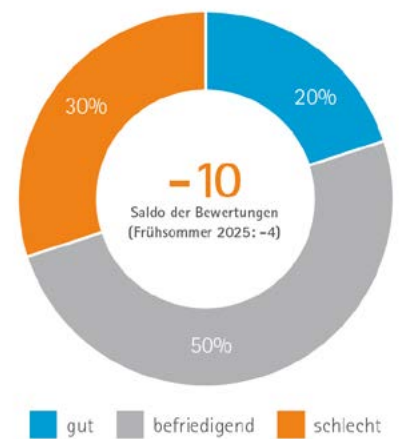
Darmstadt
Rhein Main Neckar

Geschäftsklima



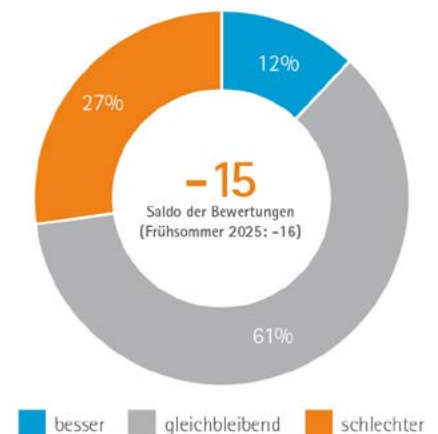
Geschäftslage

Im Vergleich zum Frühsommer laufen die Geschäfte schlechter. Jedes fünfte Unternehmen (20 Prozent) berichtet von guten Geschäften, jedes zweite (50 Prozent) spricht von befriedigenden Werten, drei von zehn (30 Prozent) sind gänzlich unzufrieden. Der Saldo aus positiven und negativen Lageurteilen verliert sechs Punkte, mit minus zehn Prozentpunkten saldiert er tief im roten Bereich. Wie im Frühsommer geht es lediglich den Banken gut (Lagesaldo plus 60 Prozentpunkte). Die Gesamtheit der Dienstleister liegt gerade noch im positiven Bereich (Lagesaldo plus drei Prozentpunkte, Saldorückgang um fünf Punkte), der Lagesaldo des Baugewerbes ist ausgeglichen (Saldo null Prozentpunkte, Saldozuwachs um sieben Punkte). Deutlich im Minus sind dagegen Industrie (Lagesaldo minus 21, Saldorückgang um acht Einheiten) und Einzelhandel (Saldo minus 21 Prozentpunkte, Saldozuwachs um neun Punkte).



Geschäftserwartungen

Lediglich zwölf Prozent der südhessischen Unternehmen blicken zuversichtlich in die Zukunft, 61 Prozent rechnen mit einer konstanten Entwicklung. Mehr als ein Viertel der Unternehmen (27 Prozent) sehen eine weitere Verschlechterung der eigenen Geschäfte. Der Erwartungssaldo macht damit einen Punkt gut. Mit minus 15 Prozentpunkten bleibt er jedoch deutlich im negativen Bereich. Positiv gestimmt ist nur das Kreditgewerbe (Erwartungssaldo plus 17 Prozentpunkte), gefolgt von den Dienstleistern aus Verkehr und Logistik (Erwartungssaldo null Prozentpunkte, Saldozuwachs um 14 Punkte). Sehr schlecht ist die Stimmung in der Industrie (Saldo minus 25 Prozentpunkte, Saldoverlust ein Punkt), im Einzelhandel (Saldo minus 25 Prozentpunkte, Saldozuwachs um fünf Punkte), gefolgt von den Dienstleistern (Saldo minus zwölf Prozentpunkte, Saldozuwachs um einen Punkt). Der Erwartungssaldo des Baugewerbes macht untypisch für die Jahreszeit einen deutlichen Sprung nach oben (Saldo minus sechs Prozentpunkte, Saldozuwachs um 21 Prozentpunkte). Hier dürften sich die Erwartungen von Nachfrageimpulsen aus dem Sondervermögen des Bundes zur Infrastrukturfinanzierung spiegeln.



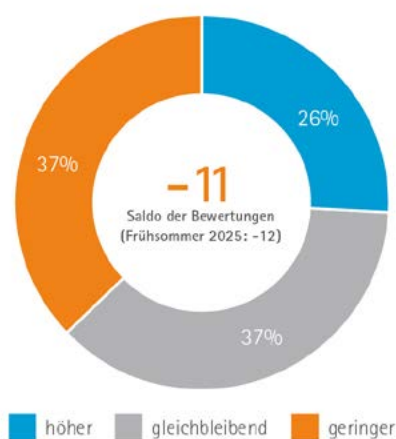
Makroökonomische Indikatoren



Investitionen

Der Investitionsbooster der Bundesregierung zündet nicht. So bleibt der Saldo der Investitionspläne deutlich im Negativbereich. Er gewinnt nur einen Punkt und liegt aktuell bei minus elf Prozentpunkten. In Zahlen: 26 Prozent der Unternehmen planen Mehrinvestitionen, 37 Prozent fassen ihre Investitionsbudgets nicht an, ebenfalls 37 Prozent müssen kürzen. Mehrinvestitionen planen das Kreditgewerbe und die Dienstleister aus Verkehr und Logistik. Alle anderen Wirtschaftszweige wollen Investitionen reduzieren. Die Gesamtheit der Dienstleister plant moderate Kürzungen (Saldo minus fünf Prozentpunkte, Saldozuwachs um acht Punkte). Auch im Gastgewerbe sind die geplanten Kürzungen moderat (Saldo minus acht Prozentpunkte), im Gegensatz zum Einzelhandel (Saldo minus 19 Prozentpunkte, plus drei Punkte).

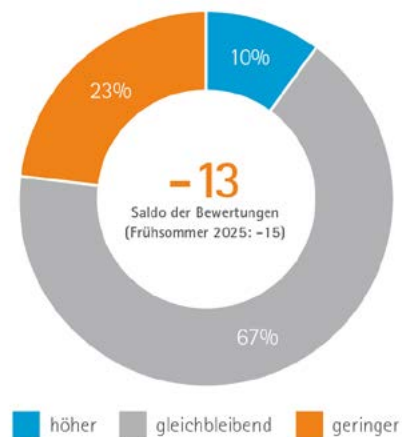
Am deutlichsten kürzt die Industrie. Hier gibt der Investitionssaldo sechs Punkte ab, er saldiert aktuell bei minus 26 Prozentpunkten. Wichtigstes Investitionsmotiv aller Unternehmen ist traditionell die Ersatzbeschaffung (68 Prozent der Nennungen, minus ein Punkt). Das Rationalisierungsmotiv bleibt auf hohem Niveau (35 Prozent, unverändert). Vier von zehn Unternehmen investieren in innovative Produkte (25 Prozent, plus zwei Punkte). Kapazitätserweiterung geben 15 Prozent der befragten Unternehmen als Investitionsmotiv an (unverändert), 13 Prozent investieren in Umweltschutz (minus fünf Punkte).



Beschäftigung

Die aktuell schwache Konjunktur prägt die Personalplanung der Unternehmen deutlich. Nur jedes zehnte Unternehmen will einstellen, knapp jedes vierte Unternehmen (23 Prozent) sieht sich gezwungen, Mitarbeitende zu entlassen oder ausscheidendes Personal nicht zu ersetzen. Zwei von drei Unternehmen (67 Prozent) wollen ihre Mitarbeitendenzahl konstant halten. Zwar legt der Saldo der Beschäftigungspläne zwei Punkte zu – mit minus 13 Prozentpunkten bleibt er aber deutlich im Negativbereich. Zur Orientierung: Der Zehnjahresdurchschnitt des Beschäftigungssaldos beträgt minus drei Prozentpunkte. Beschäftigungsabbau gibt es vor allem in der Industrie (Saldo minus 21 Prozentpunkte, Saldozu-

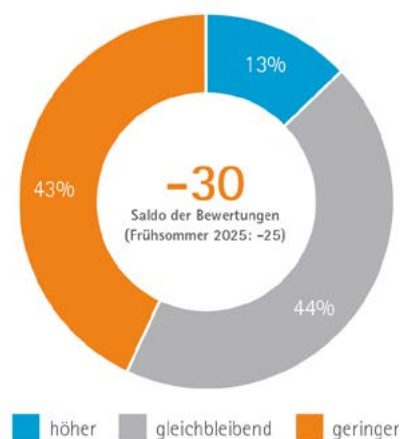
wachs um zehn Punkte) und im Einzelhandel (Beschäftigungssaldo minus 19 Prozentpunkte, Saldozuwachs um vier Punkte). Auch die Dienstleister sehen sich zu Kürzungen gezwungen (Saldo minus sieben Prozentpunkte, Zuwachs um vier Punkte), ähnlich die unternehmensorientierten Dienstleister (Beschäftigungssaldo minus 13 Prozentpunkte, Rückgang um einen Punkt). Im Kreditgewerbe und in der Gastronomie sind die Beschäftigungssalden ausgeglichen. Beschäftigung aufbauen wollen lediglich die Dienstleister aus Verkehr und Logistik (Saldo plus zwölf Prozentpunkte, Saldozuwachs um fünf Punkte).



Exporte

Für die auslandsaktive südhessische Industrie sind es keine guten Zeiten. Zu hoch sind die jüngst mit den USA ausgehandelten Zollsätze, zu ernst ist das verbleibende Eskalationsrisiko, zu groß sind die Nachteile in der Wettbewerbsfähigkeit. So sehen nur 13 Prozent der südhessischen Unternehmen bessere Auslandsgeschäfte in der nahen Zukunft, mehr als vier von zehn Unternehmen (43 Prozent) rechnen mit schlechteren Geschäften. 44 Prozent der Unternehmen stellen sich auf eine gleich bleibende Entwicklung des Exportgeschäfts ein.

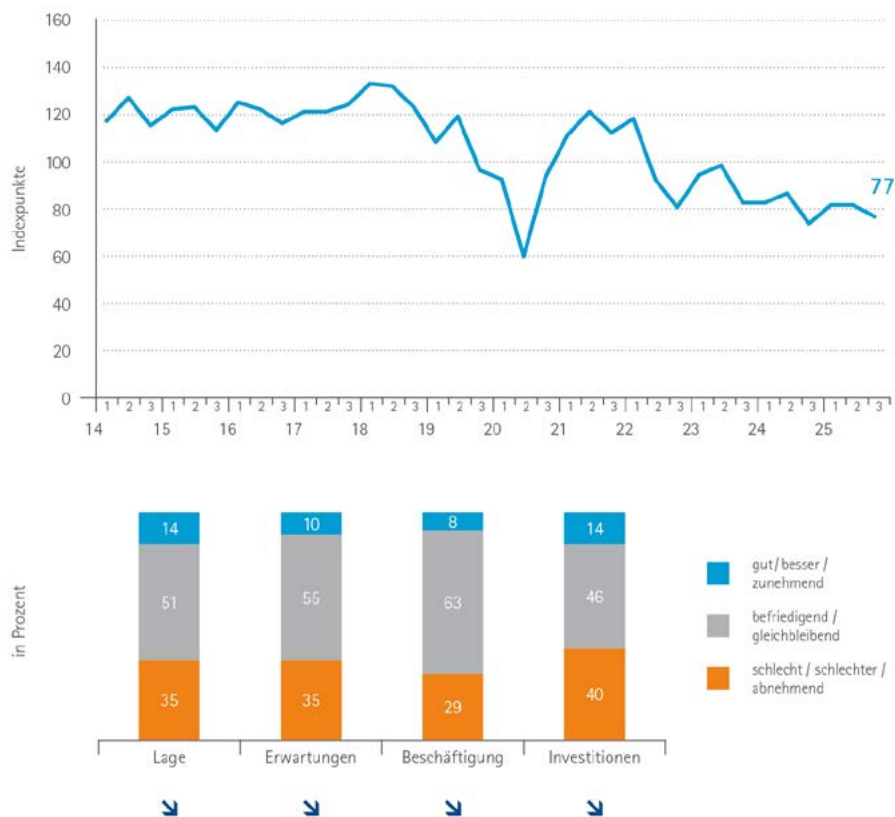
In Summe verschlechtern sich die Exporterwartungen der Unternehmen nochmals um fünf Punkte. Der Exportsaldo beträgt aktuell minus 30 Prozentpunkte. Zum Vergleich: Der rollierende Zehnjahresdurchschnitt liegt bei minus fünf Prozentpunkten. Wie schon zur Vorumfrage im Frühsommer beurteilen kleine und mittelständische Unternehmen ihre Exportchancen schlechter als Großunternehmen. Insbesondere verbundene Großunternehmen haben offensichtlich mehr Spielräume, um auf Zollschranken und Handelshemmnisse reagieren zu können.



Wirtschaftszweige

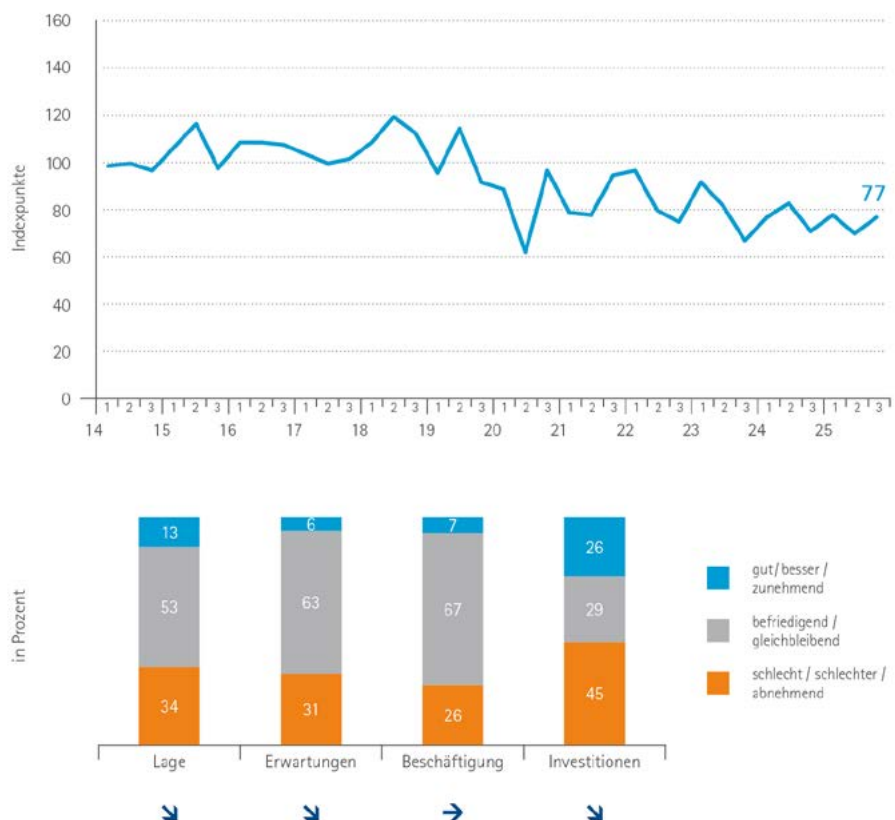
Industrie

Im verarbeitenden Gewerbe läuft es schlecht wie lange nicht. Der Lagesaldo beträgt minus 21 Prozentpunkte, acht Prozentpunkte weniger als im Frühsommer. Auch der Blick in die Zukunft hellt sich nicht auf. Wenig Impulse aus der Wirtschaftspolitik, weniger Aufträge und US-Protektionismus drücken den Erwartungssaldo nochmals einen Punkt nach unten. Im Detail: Nur zehn Prozent der Unternehmen sind optimistisch, 35 Prozent rechnen mit einer weiteren Verschlechterung. Der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Unternehmen beträgt aktuell minus 25 Prozentpunkte. 42 Prozent der Industrieunternehmen sehen die künftige Auslandsnachfrage als Risiko für das eigene Unternehmen. Das sind doppelt so viele wie vor zwei Jahren. Analog zeigen sich die Investitionspläne der Unternehmen, viele Investitionsprojekte scheinen sich nicht mehr zu rechnen (Investitionssaldo minus 26 Prozentpunkte, Saldorückgang um sechs Punkte). Auch bei der Personalplanung zeigt sich die Industrie zurückhaltend.



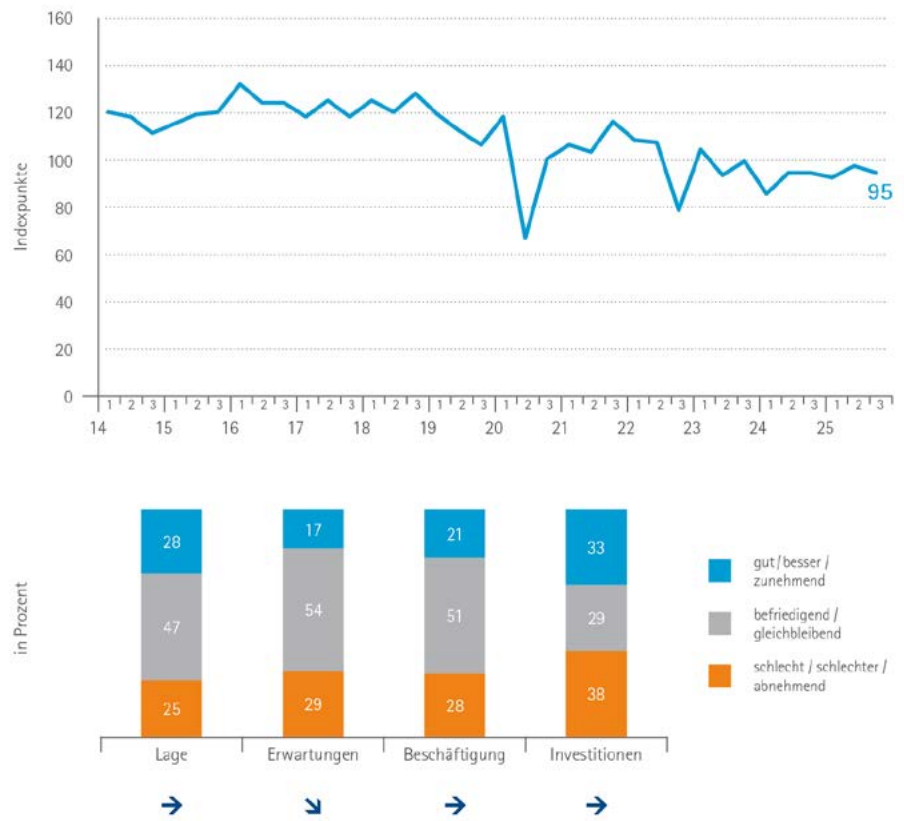
Einzelhandel

Dem Einzelhandel geht es kaum besser als der Industrie. 13 Prozent der Einzelhändler sind mit dem laufenden Geschäft zufrieden, jedes dritte Unternehmen (34 Prozent) sieht Grund zur Klage. Gegenüber dem Frühsommer erholt sich der Lagesaldo um neun Punkte. Mit minus 21 Prozentpunkten bleibt er aber deutlich im roten Bereich. Das für den Einzelhandel wichtige bevorstehende Weihnachtsgeschäft ist nur ein kleiner Silberstreif. So klettert der Saldo aus positiven und negativen Zukunftserwartungen um fünf Punkte (Erwartungssaldo minus 25 Prozentpunkte). Ähnlich zurückhaltend ist die Investitionsneigung des Einzelhandels. So liegt der Saldo aus investitionswilligen und investitionsmüden Unternehmen bei minus 19 Prozentpunkten (Saldogewinn um drei Punkte). Nicht anders zeigen sich die Einstellungspläne der Branche. Nur sieben Prozent der Einzelhändler wollen Personal einstellen, jedes vierte Einzelhandelsunternehmen (26 Prozentpunkte) wird sich von Personal trennen müssen (Beschäftigungssaldo minus 19 Prozentpunkte, Saldozuwachs um vier Punkte).



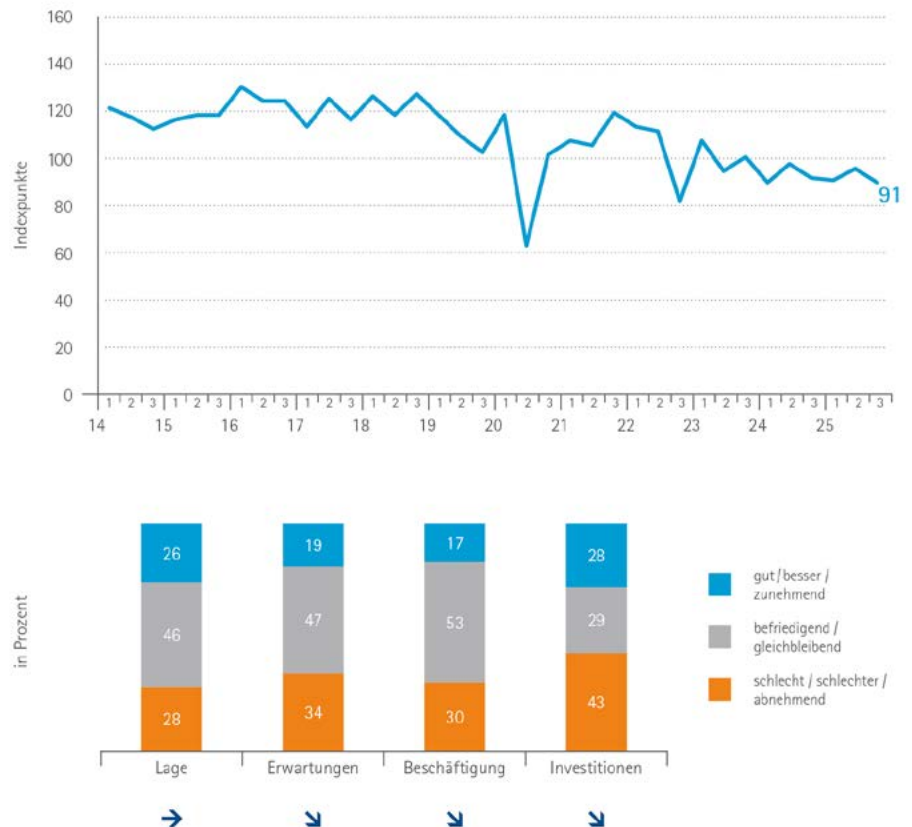
Dienstleistungen

Den Dienstleistern geht es im Vergleich zu Industrie und Einzelhandel gut. Das belegt auch der Lagesaldo des Dienstleistungsgewerbes. Zwar gibt er fünf Punkte ab, mit plus drei Prozentpunkten liegt er aber im grünen Bereich. Im Detail: Gut jeder vierte Dienstleister (28 Prozent) meldet gute Geschäfte, 47 Prozent sind teilweise zufrieden, 25 Prozent klagen. Im Vergleich zur Vorumfrage im Frühsommer ist der Blick in die Zukunft aber fast unverändert negativ. So gibt der Erwartungssaldo einen Punkt ab, er liegt aktuell bei minus zwölf Prozentpunkten. Die Investitionsbremse will sich nicht lösen. Zwar saldieren die Investitionspläne acht Prozentpunkte besser als im Frühsommer. Mit minus fünf Prozentpunkten bleibt der Saldo aber im roten Bereich. Ähnlich die Personalpläne der Dienstleister. Der Saldo aus einstellungswilligen und einstellungsmüden Unternehmen liegt bei minus sieben Prozentpunkten (Saldozuwachs um vier Punkte). Jeder zweite Dienstleister plant, die eigene Mitarbeiterzahl konstant zu halten.



Unternehmensbezogene Dienstleistungen

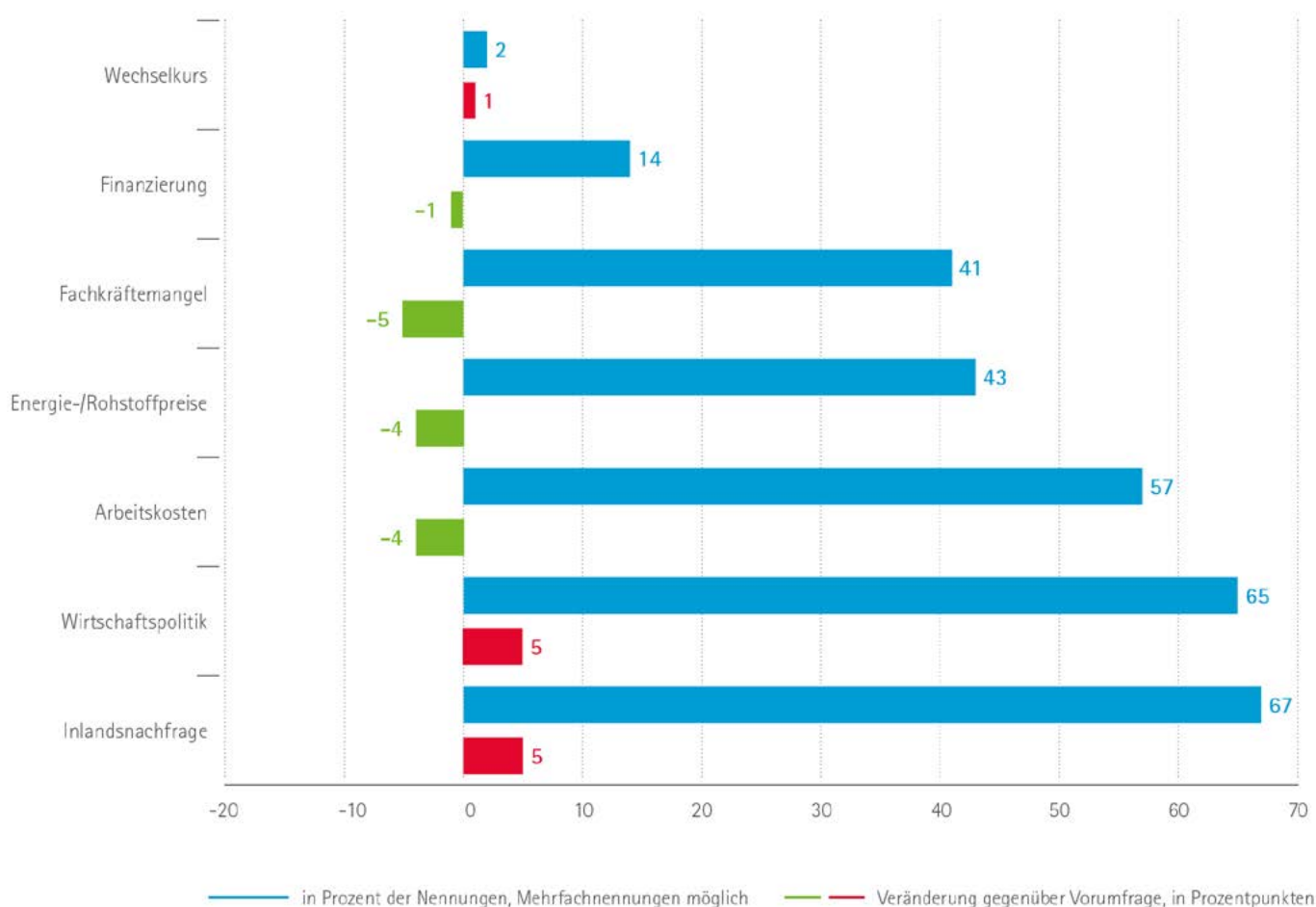
Den unternehmensbezogenen Dienstleister geht es etwas schlechter als dem Branchendurchschnitt. 26 Prozent der Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden, etwas mehr sind es nicht (Lagesaldo minus zwei Prozentpunkte, Saldoverlust sechs Punkte). Die geringe Industrieproduktion zieht die unternehmensbezogenen Dienstleister offensichtlich nach unten. Die Zukunftsaussichten sind eingetrübt. Nur 19 Prozent der Unternehmen sehen bessere Geschäfte, jedes dritte Unternehmen (34 Prozent) sieht eine Verschlechterung. Damit gibt der Erwartungssaldo sechs Punkte ab, er liegt aktuell bei minus 15 Prozentpunkten. Zurückhaltung prägt sowohl Personal- als auch Investitionspläne. So liegt der Saldo der Beschäftigungspläne gerade mal bei minus 13 Prozentpunkten (Saldorückgang um einen Punkt). Noch zurückhaltender sind die Investitionspläne: Nur gut jedes vierte Unternehmen (28 Prozent) möchte mehr investieren, 43 Prozent sehen sich zu Kürzungen gezwungen (Investitionssaldo minus 15 Prozentpunkte, unverändert).



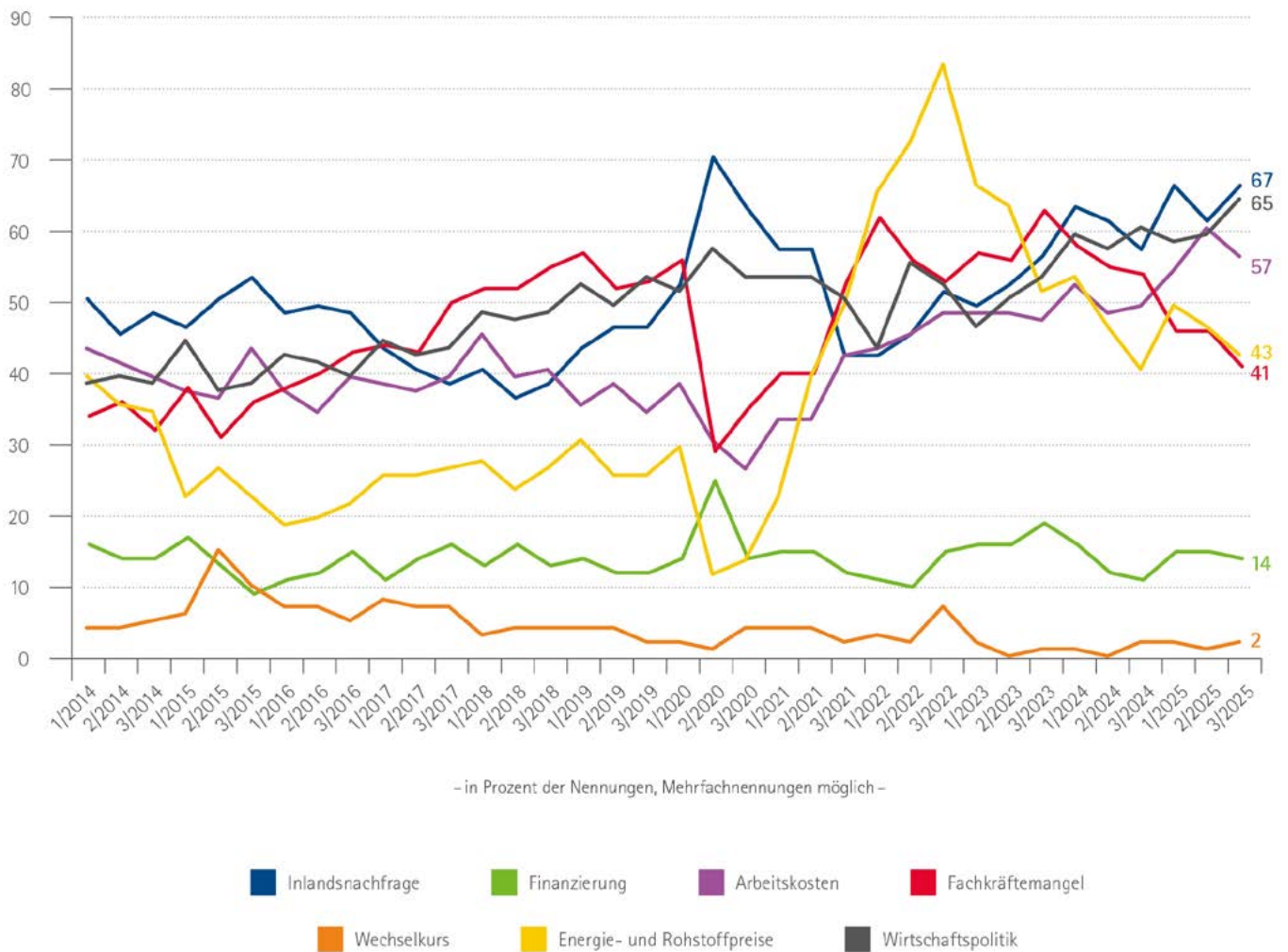
Risiken für die Wirtschaft

Als größtes Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gilt aktuell die Entwicklung der Inlandsnachfrage. 67 Prozent der Unternehmen teilen diese Einschätzung. Ein konjunktureller Impuls durch den jüngst verabschiedeten Bundeshaushalt und das Sondervermögen für Infrastruktur und Verteidigung ist nicht erkennbar. Im Gegenteil, das Risiko Inlandsnachfrage wird sogar häufiger genannt als noch im Frühsommer (plus fünf Prozentpunkte). Im Einzelhandel ist diese Sorge überdurchschnittlich ausgeprägt (Risikokennung 77 Prozent). Das zweitwichtigste Risiko aus Sicht der Unternehmen ist die Qualität der Wirtschaftspolitik (65 Prozent der Nennungen, plus fünf Punkte). Vom wirtschaftspolitischen Neuanfang der Regierung haben sich die Unternehmen offensichtlich mehr erwartet. Vor allem die Industrie zeigt sich unzufrieden (Risikokennung 73 Prozent), in den Freitextantworten nennt sie die EU-Handelspolitik sowie die Belastung durch Bürokratie und Regulierung als Grund. An dritter Stelle der Risikoliste stehen die Arbeitskosten (57 Prozent der Nennung, minus vier Prozentpunkte).

Die strukturelle Knappheit von Arbeitskräften sowie ein steigender Mindestlohn könnten Treiber der Risikowahrnehmung sein. Auch wachsende Ansprüche an die Rentenversicherung und steigende Lohnzusatzkosten werden von Unternehmen in den Freitextantworten genannt. Mit gewissem Abstand liegen ferner Energie- und Rohstoffpreise auf dem Risikoradar. 43 Prozent der Unternehmen sind dieser Auffassung, vier Prozentpunkte weniger als im Frühsommer. Knapp dahinter folgt das Problem, offene Stellen im Unternehmen nicht mit passendem Personal besetzen zu können. 41 Prozent der Unternehmen nennen dieses Risiko, das in der aktuellen Rezession etwas in den Hintergrund getreten ist (fünf Prozent weniger als im Frühsommer). Im Baugewerbe wird dieses Risiko überdurchschnittlich oft genannt (56 Prozent). Dies könnte darauf hinweisen dass die Bauwirtschaft auf Engpässe zusteuert die durch das Sondervermögen Infrastruktur ausgelöst werden. Mit großem Abstand folgt das Risiko ungünstiger Finanzierungsbedingungen (14 Prozent, minus ein Prozentpunkt). In möglichen Wechselkursänderungen sieht so gut wie kein Unternehmen ein nennenswertes Risiko.



Risiken im Zeitablauf



IMPRESSUM

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Darmstadt

Rheinstraße 89, 64295 Darmstadt

Geschäftsbereich Unternehmen und Standort

Autor: Dr. Peter Kühnl

☎ 06151 87a1-1107

@ peter.kuehnl@darmstadt.ihk.de

🌐 www.ihk.de/darmstadt

Gestaltung: AD MISSION Kreation und Kommunikation

Druck: Lautertal-Druck, Franz Bönsel GmbH

METHODIK

Datengrundlage sind die Ergebnisse der Konjunkturumfrage der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar. Befragt werden Mitgliedsunternehmen aller Wirtschaftszweige und Größenklassen aus der Wissenschaftsstadt Darmstadt sowie den Landkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau und dem Odenwaldkreis. Der Geschäftsklimaindex stellt den konjunkturellen Gesamtzustand der regionalen Wirtschaft dar. Er ist ein Mittelwert aus der Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und der Geschäftserwartung der Unternehmen. Der Index kann einen Wert zwischen 0 und 200 annehmen. Der Wert 100 wird als Wachstumsschwelle bezeichnet: Wenn der Index über 100 liegt, ist mit wirtschaftlichem Wachstum zu rechnen. Die Indikatoren zur Geschäftslage, zur Geschäftserwartung, zur Exporterwartung sowie zu den Investitions- und Beschäftigungsplänen ergeben sich aus der Differenz zwischen positiven und negativen Antworten. Neutrale Aussagen bleiben unberücksichtigt. Die Pfeile stellen die aktuellen Saldo grafisch dar. Weitere methodische Hinweise zur Konjunkturumfrage finden Sie im Internet unter www.darmstadt.ihk.de, Nummer 1845. Der Konjunkturbericht erscheint dreimal im Jahr. An der Konjunkturumfrage Herbst 2025 haben sich 226 Unternehmen beteiligt. Der Nachdruck von Text und Grafiken ist nur mit Quellenangabe gestattet.